

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 21. FEBRUAR 2018



ANTRAG PSYCHOTHERAPEUTISCHE VERSORGUNG FÜR MIGRANTEN VERBESSERN

Gerade für Menschen, die erst seit Kurzem in Deutschland leben und die Sprache noch nicht richtig beherrschen, ist es besonders schwierig, einen Psychotherapeuten zu finden. Die Bremische Bürgerschaft hat den Senat daher aufgefordert, sich auf Bundesebene für Verbesserungen einzusetzen.

28 Prozent der Menschen in Bremen und Bremerhaven haben einen Migrationshintergrund. Gleichzeitig sind im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt innerhalb dieser Personengruppe fast doppelt so viele Menschen von psychischen Erkrankungen betroffen. Entsprechend hoch ist der Bedarf an fremdsprachigen und kultursensiblen Behandlungsangeboten.

„Die Wartezeiten für eine Psychotherapie ist in Deutschland ohnehin lang. Für Menschen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen ist es noch einmal deutlich

schwerer, einen Therapeuten zu finden, der ihre Sprache spricht“ erklärte der SPD-Abgeordnete Mehmet Ali Seyrek heute in der Bürgerschaft.

Dadurch sei ein Teil der Bevölkerung praktisch von psychologischer Betreuung ausgeschlossen, da eine interkulturelle und sprachliche Verständigung Grundvoraussetzung für die Behandlung sei. Psychotherapeuten mit entsprechenden Sprachkenntnissen gebe es kaum, so Seyrek weiter. „Die psychotherapeutische Versorgung muss aber für alle Bevölkerungsgruppen sichergestellt sein. Sprach- und Kulturkompetenzen müssen daher bei der vertragsärztlichen Versorgung im Zulassungsverfahren stärker berücksichtigt werden“ forderte der Sozialdemokrat.

Die Bürgerschaft hat den Senat deshalb dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine mehrsprachige und kultursensible psychotherapeutische Versorgung verstärkt angeboten

wird. Zudem soll er auf Bundesebene darauf hinwirken, dass eine einheitliche Regelung zur Übernahme der Dolmetscherkosten für psychotherapeutische Angebote von Beratungsstellen erarbeitet wird, die von den Kommunen oder den Bundesländern finanziert werden. Auf Landesebene soll zudem unter denjenigen Ärztinnen und Ärzten, die im Ausland ihren Abschluss erworben haben, die Möglichkeit zur Aus- und Fortbildung im Bereich Psychotherapie besser bekannt gemacht und vereinfacht werden.



Mehmet Ali Seyrek

> Antrag: Psychotherapeutische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen!

<http://tiny.cc/psychotherapie>

DEBATTE **BÜRGERSCHAFT: REFORMATIONSTAG SOLL NEUER FEIERTAG WERDEN**

Die Bremische Bürgerschaft hat sich heute in erster Lesung dafür ausgesprochen, den 31. Oktober als „Reformationstag“ zum neuen gesetzlichen Feiertag für das Land Bremen zu bestimmen. Die zweite Lesung – und damit die endgültige Entscheidung über einen neuen Feiertag – soll erst nach Abschluss der gesellschaftlichen Debatte in Niedersachsen stattfinden. Auf diese Weise soll eine Insellösung allein für Bremen vermieden werden.

„In den norddeutschen Parlamenten herrscht breiter Konsens darüber, dass das Feiertagsgefälle zwischen Nord- und Süddeutschland beseitigt werden soll“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, heute in der Bürgerschaft. Dabei sei es für die SPD-Fraktion weiterhin wünschenswert, in Bremen und Niedersachsen denselben Feiertag einzuführen, so der Sozialdemokrat. „Die vielfältigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen mit ihren Pendlerströmen würden empfindlich gestört, wenn es in Bremen und Niedersachsen unterschiedliche arbeits- und schulfreie Tage gäbe.“



Björn Tschöpe

Während es in Schleswig-Holstein und Hamburg voraussichtlich auf den Reformationstag bzw. einen „Tag der Reformation“ hinauslaufen werde, erscheine die Lage in Niedersachsen



Foto: Kniipselme/pixelio.de

derzeit noch unübersichtlich – die Meinungsbildung sei offenbar noch nicht abgeschlossen. Den angekündigten formellen Gesetzentwurf gebe es dort noch nicht, und eine Behandlung der Feiertagsfrage im Landtag sei erst für den Mai vorgesehen, erklärte Tschöpe. „Vor diesem Hintergrund hätte ich es für ausgesprochen wünschenswert gehalten, wenn wir uns nicht schon heute, sondern erst nach Abschluss der Debatte in Niedersachsen mit dieser Frage beschäftigt hätten. Leider konnte die Opposition nicht für dieses Vorgehen gewonnen werden.“

Derweil sei es kein Geheimnis, dass es in der Gesellschaft und in der Bremer SPD unterschiedliche Einschätzungen dazu gebe, welcher Tag am besten als neuer Feiertag geeignet wäre. Der SPD-Landesparteitag habe bereits 2017 beschlossen, dass er sowohl den 8. Mai als auch den 8. März und den Reformationstag für geeignete Feiertage hält, erinnerte Tschöpe.

„So unterschiedlich die individuellen Beweggründe, so individuell ist auch die aus ihnen resultierende Abwägungsentscheidung. Deshalb ist es richtig, dass diese Frage heute eine persönliche Entscheidung der Abgeordneten ist und jede und jeder diese Frage für sich selbst beantworten kann.“

Gleichzeitig bleibe es für die SPD-Fraktion dabei, dass es sich bei der heutigen Abstimmung lediglich um ein Meinungsbild handeln könne, so Tschöpe. „Eine abweichende Feiertagsregelung zu Niedersachsen wäre nicht sinnvoll. Deswegen sollte die zweite Lesung zur Änderung des Feiertagsgesetzes, in der wir endgültig die Einführung eines neuen Feiertages beschließen, erst nach Abschluss der Debatte in Niedersachsen erfolgen“, bekräftigte Tschöpe abschließend. Am Ende stimmten 57 von 82 Abgeordneten für die Einführung des Reformationstags als neuen Feiertag.

DEBATTE **GÜNGÖR WEIST KRITIK AN BILDUNGSENATORIN ZURÜCK**

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, hat heute in der Bürgerschaft Kritik der Opposition an Bildungsministerin Claudia Bogedan deutlich zurückgewiesen. In einer von der CDU beantragten aktuellen Stunde kritisierte er die Vorwürfe aus der Opposition als nicht nachvollziehbar.

Ihm sei nicht klar, was die Opposition überhaupt kritisiere, betonte der Sozialdemokrat. Untätigkeit könne man der Senatorin jedenfalls nicht vorwerfen. Dagegen spreche etwa, dass in den vergangenen beiden Jahren mit mehr als 2000 neuen Plätzen das größte Kita-Ausbauprogramm der Bremer Geschichte umgesetzt wurde und zudem fast 3000 Schüler in Vorkursen untergebracht worden seien, um Deutsch zu lernen.

Und auch die im Titel der Aktuellen Stunde formulierten Vorwürfe, Bogedan gehe nicht transparent mit Mängeln um und übernehme keine Verantwortung, liefen völlig ins Leere, sagte Güngör. „Wenn inzwischen ein Politikfeld transparent aufgestellt ist, dann ist es sicherlich der Bildungsbereich“, betonte der Sozialdemokrat. „Wir haben zum Beispiel eine Vollerhebung bei der Unterrichtsstatistik und eine völlig nachvollziehbare Stundenzuweisung an die

Schulen. Das finden sie in vielen anderen Bundesländern so nicht!“

Dass Bogedan in einer Mail, die in der vergangenen Woche öffentlich geworden war, Kritik an führenden Mitarbeitern ihrer Behörde geübt habe, treffe zu, sagte Güngör. Dabei habe sie einen unter Umständen unglücklichen Begriff gewählt. Vor allem aber habe sie genau das getan, was die Opposition nun bestreite. „Sie hat angemahnt, dass Probleme an die Hausspitze zu melden sind – und eben nicht nur aufgenommen, sondern mit dem Fokus auf die Lösung der Probleme bearbeitet werden. Ich halte das ehrlich gesagt für einen relativ normalen Vorgang“, erklärte Güngör und kritisierte in Richtung CDU: „Dass ihre Aktuelle Stunde nun ausgerechnet auf einer Mail basiert, in der die Senatorin klar fordert, Verantwortung zu übernehmen und Probleme zu lösen, Sie aber gleichzeitig mangelnde Verantwortungsübernahme kritisieren, verwirrt mich ehrlich gesagt dann doch.“



Mustafa Güngör

ANTRAG BÜRGERSCHAFT WILL ZEITUMSTELLUNG ABSCHAFFEN

1980 wurde die Sommerzeit eingeführt – in der Hoffnung, dass dadurch positive Effekte erzielt werden können. Diese sind bis heute jedoch nicht eingetreten. Daher hat die Bremische Bürgerschaft heute einen Antrag beschlossen, der ein Ende der Zeitumstellung im Einklang mit dem Beschluss des europäischen Parlaments fordert.



Heike Sprehe

„In gut vier Wochen ist es wieder soweit: Am 25. März verstellen wir unsere Uhren um eine Stunde und fragen uns dabei, ob vor oder zurück“, sagte die SPD-Abgeordnete, Heike Sprehe



heute in der Bürgerschaft und machte klar: „In der Bevölkerung ist die Zeitumstellung ein alle sechs Monate wiederkehrendes Thema, worunter die Menschen immer wieder leiden!“.

Die SPD-Fraktion spricht sich unter anderem vor diesem Hintergrund für eine Abschaffung der Zeitumstellung und eine einheitliche Zeitregelung auf europäischer Ebene aus und hat sich daher heute einem entsprechenden Antrag der FDP angeschlossen. Sprehe betonte, dass auch das EU-Parlament dabei sei, eine einheitliche Zeitregelung für alle Mitgliedsstaaten zu erarbeiten. Anfang Februar habe es mit großer Mehrheit den Beschluss gefasst, dass eine Kommission sich mit dem Für und Wider der Zeitumstellung auseinandersetzen und bei entsprechenden Ergebnissen eine gesetzliche Grundlage für die Abschaffung erarbeiten soll.

ANTRAG BETRUG KÜNFTIG VERHINDERN!

Der Untersuchungsausschuss „Sozialbetrugsverdacht“, der im August 2016 auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion eingesetzt worden war, hat der Bürgerschaft seinen Abschlussbericht vorgelegt. In der Debatte dazu übte Antje Grotheer, stellvertretende Vorsitzende und Ausschuss-Obfrau der SPD-Fraktion, heute Kritik an den beteiligten Behörden. Die Empfehlungen des Ausschusses könnten helfen, solche Fälle künftig zu vermeiden, sagte Grotheer.

„Die Beweisaufnahme hat mein Bild von den Lebensbedingungen im Land Bremen verändert“, sagte Grotheer mit Blick auf die mutmaßlich mehr als 1000 Bulgaren, die in ihrer Heimat unter besonders elenden Bedingungen leben mussten und auch in Bremerhaven menschenunwürdig behandelt wurden. „Diese Menschen mussten für ausbeuterische Löhne arbeiten. Familien lebten oft über längere Zeit ausschließlich vom Kindergeld. Die Zuwanderinnen und Zuwanderer wohnten teilweise in überbelegten und verwahrlosten Wohnungen, die den Sicherheitsstandards nicht entsprachen“, erklärte die Sozialdemokratin in ihrer Rede.

Diese prekäre Situation sei nach den Erkenntnissen des Ausschusses ausgenutzt worden, indem zwei Bremerhavener Vereine mit Dolmetschern, fingierten Unterlagen und auf vielen weiteren Wegen die Berechtigung auf Sozialleistungen vor-täuschten, die nicht bestanden habe. Der Abgeordnete Patrick Öztürk sei nach Erkenntnissen



Antje Grotheer

des Ausschusses tief in diese Vorgänge verstrickt gewesen, erklärte Grotheer – und forderte ihn daher erneut entschieden auf, sein Mandat zurückzugeben. Jobcenter und der Stadt Bremerhaven sei durch die Taten ein Schaden von sieben Millionen Euro entstanden weil vorliegende Informationen nicht ernst genommen, zusammengetragen und gemeinsam ausgewertet worden seien. Grotheer: „Das Jobcenter, das Sozialamt, das Hauptzollamt und die Bundesagentur für Arbeit erfüllten ihre Aufgaben nicht so, wie sie es hätten tun müssen.“

Daher habe der Ausschuss eine Vielzahl von Empfehlungen ausgesprochen. So müsse das Jobcenter personell besser ausgestattet werden und etwa künftig Zugriff auf unabhängige Telefondolmetscher haben. Auch müsse die Zusammenarbeit mit Ermittlungsbehörden verbessert werden, die Bundesagentur für Arbeit müsse die Bekämpfung des Sozialleistungsbetrug als eigene Aufgabe annehmen, das Hauptzollamt so aufgestellt werden, dass es seine Aufgaben vernünftig wahrnehmen könne und auf kommunaler Ebene der Umgang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket verändert werden, um Missbrauchsmöglichkeiten zu reduzieren, nannte Grotheer weitere Empfehlungen – und wies abschließend noch einmal entschieden Unterstellungen zurück, die aus der CDU-Fraktion im Zuge der Einsetzung des Ausschusses gemacht worden waren und die durch die Beweisaufnahme widerlegt worden seien. „Es gab keinen Filz, und es gab keine schützende Hand der SPD“, betonte Grotheer. „Das waren ärgerliche und falsche Behauptungen ins Blaue, mit dem Ziel, die SPD in Bremerhaven und ihre Mitglieder zu diskreditieren und zu beleidigen. Eine Entschuldigung dafür wäre angebracht.“

ANTRAG FLAGGE ZEIGEN!

Die Bremische Bürgerschaft hat heute entschieden, das Haus der Bürgerschaft auch in diesem Jahr mit den Fahnen Tibets und der Demokratischen Arabischen Republik Sahara zu beflaggen. Einstimmig verabschiedeten die Abgeordneten einen entsprechenden Antrag der rot-grünen Koalition.

Am 10. März, dem Nationalfeiertag Tibets, wird die tibetanische Flagge das Haus der Bürgerschaft schmücken. Der Tag erinnert an den Volksaufstand der Tibeter von 1959, der von chinesischen Truppen blutig niedergeschlagen wurde und in dessen Folge der Dalai Lama, das geistige Oberhaupt des tibetischen Buddhismus, ins Exil flüchten musste. Bereits rund zwei Wochen vorher, am 26. Februar, jährt sich die Proklamation der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, der von Marokko besetzten letzten verbliebenen Kolonie Afrikas, zum 42. Mal. Bereits mehrfach hat die Bremische Bürgerschaft auf die unerträgliche Lage der in den Exilstaat geflüchteten Menschen in der Westsahara aufmerksam gemacht.

Wie schon in den vergangenen Jahren wird der bremische Landtag damit auch in diesem Jahr die Flaggen Tibets und der Demokratischen Arabischen Republik Sahara hissen. 2017 hatte die Bürgerschaft ihre Geschäftsordnung überarbeitet. Seitdem können die Abgeordneten mit Zweidrittelmehrheit über die Beflaggung des Parlaments entscheiden.

> Antrag: Solidarität mit den Menschen in der Westsahara und in Tibet zeigen
http://tiny.cc/tibet_westsahara